

**Der Senator für Inneres
Geschäftsstelle der Deputation für Inneres**

TOP 2 staatlich/städtisch

NIEDERSCHRIFT

am Donnerstag, den 14. Februar 2019

- 44. Sitzung der der staatlichen / 35. Sitzung der städtischen Deputation für Inneres 19. LP -

Teil A - staatlich		
TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung TEIL A bis C	<u>Beschluss:</u> Die Deputation für Inneres stimmt der Tagesordnung zu.
TOP 2	Genehmigung von Protokollen	<u>Beschluss:</u> Folgendes Protokoll wird genehmigt: - Niederschrift Sitzung vom 09.01.2019
TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Inneres und der Bremischen Bürgerschaft	<u>Beschluss:</u> Die Auflistung liegt wieder zur folgenden Sitzung aktualisiert vor.

Der Senator für Inneres

Geschäftsstelle der Deputation für Inneres

<p>TOP 4</p>	<p>Bericht zur Polizeireform - Sachstandsbericht</p>	<p><u>Bericht:</u> Der Polizeipräsident berichtet auf Basis der schriftlichen Vorlage. Er führt aus, dass die Organisation bereits in der neuen Struktur arbeitet und gibt einen Überblick über den Sachstand der Liegenschaftsentwicklung, der personellen Perspektiven und Innovationen bei der Online-Anzeige. Nachfragen werden erörtert, so führt der Polizeipräsident aus, dass im Sommer 2019 eine Kostenschätzung über die notwendige Sanierung des Standorts der Bereitschaftspolizei vorliegen wird, so dass eine Entscheidung über Neubau oder Sanierung vorbereitet werden kann. Zum Thema KOP wird ausgeführt, dass hier immer wieder ein Nachsteuerung notwendig ist und eine baldige Erreichung der Zielzahl vorgesehen ist.</p> <p><u>Beschluss:</u> Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis.</p>
<p>TOP 5</p>	<p>Bericht zum Antrag der Fraktion der CDU in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) „Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen unterbinden - Anfechtungsmöglichkeiten für Behörden erneut prüfen!“ (Drucksache 19/1886)</p>	<p><u>Bericht:</u> Staatsrat Ehmke erläutert auf Basis der schriftlichen Vorlage. Er führt insbesondere aus, dass rechtlich die biologische Abstammung keine Voraussetzung für die Anerkennung einer Vaterschaft ist. Nachfragen werden erörtert.</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht des Senators für Inneres vom 08.02.2019 zur Kenntnis. 2. Die staatliche Deputation für Inneres beschließt mit den Stimmen von SPD und B'90/Die Grünen und des Deputierten Wesemann, bei Gegenstimmen von CDU und BIW und Enthaltung der FDP, den Bericht des Senators für Inneres an die Bremischen Bürgerschaft (Landtag) mit der Empfehlung weiterzuleiten, den Antrag der Fraktion der CDU „Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen unterbinden - Anfechtungsmöglichkeiten für Behörden erneut prüfen!“ (Drucksache 19/1886) abzulehnen.

Der Senator für Inneres

Geschäftsstelle der Deputation für Inneres

TOP 6	„Gesetz zur fortlaufenden Untersuchung der Kriminalitätslage und ergänzenden Auswertung der polizeilichen Kriminalstatistik im Land Bremen“	<p><u>Bericht:</u> Auf Basis des vorliegenden Berichts führt Polizeipräsident Müller aus. Auf Nachfragen über die Sinnhaftigkeit des vorgelegten Gesetzes bestätigen der Polizeipräsident und der Leiter des LKA Dr. Heinke, dass sie das Gesetz und die damit angestrebten Ziele unterstützen.</p> <p><u>Beschluss:</u> 1. Die Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet den Vorsitzenden der Bremischen Bürgerschaft für die weitere Beratung zu übermitteln. 2. Die Deputation für Inneres empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft, das Gesetz mit den nachfolgenden Änderungen zu beschließen: a. Änderung des Berichtszyklus des PSB in § 1 auf drei Jahre b. Änderung des Wiederholungsturnus der Bürgerbefragung bzw. Dunkelfeldstudie in § 3 auf drei Jahre 3. Sie bittet den Senator für Inneres, zeitnah ein Umsetzungskonzept vorzulegen und die erforderlichen Mittel im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2020/ 2021 anzumelden.</p> <p>Die Beschlüsse zu 2. und 3. fasst die Deputation einstimmig.</p>
-------	--	---

Der Senator für Inneres

Geschäftsstelle der Deputation für Inneres

<p>TOP 1</p>	<p>Im Kampf gegen Kindesmissbrauch „Vertrauensprüfungen“ zulassen</p>	<p><u>Bericht:</u> Der vorgelegte Bericht wird erörtert. SI führt aus, dass im Ergebnis ist festzustellen war, dass im Hinblick auf die in dem Antrag vorgesehene Gesetzesänderung rechtliche Bedenken und Zweifel an dem kriminalpolizeilichen und strafrechtlichen Nutzen bestehen.</p> <p><u>Beschluss:</u> Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis. Sie bittet die Geschäftsstelle der Deputation für Inneres den Bericht dem Rechtsausschuss mit der Bitte um Stellungnahme zuzuleiten (erfolgte über SJuV am 15.02.2019). Der Senator für Inneres wird aufgefordert, der Deputation für Inneres, unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Rechtsausschusses, einen abschließenden Bericht vorzulegen. Der Beschluss erfolgt einstimmig.</p>
<p>TOP 2</p>	<p>Handlungsfelder „Sichere und Saubere Stadt“ und „Digitalisierung“ –Jahresabschluss 2018 und Mittelbereitstellung 2019 im Ressortbereich Inneres</p>	<p><u>Bericht:</u> Die Vorlage wird durch SI kursorisch erörtert. Zu haushaltsrechtlichen Fragen wird zudem auf die ausstehende Befassung im HaFa verwiesen.</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Deputation für Inneres nimmt Kenntnis über die Jahresberichte 2018 zu den Verstärkungsmitteln Sichere und Saubere Stadt und Digitalisierung. 2. Die Deputation für Inneres nimmt Kenntnis über die Mittelbereitstellung 2019 für die Verstärkungsmittel Sichere und Saubere Stadt und Digitalisierung. 3. Die Deputation für Inneres stimmt der Verlagerung der Mittel im Handlungsfeld Sichere und Saubere Stadt innerhalb des Projekts S11 Präventionsberatung bei Enthaltung des Deputierten Wesemann zu. 4. Die Deputation für Inneres stimmt den Änderungsanträgen zu den Verstärkungsmitteln des Handlungsfelds Digitale Verwaltung und deren Finanzierung bei Enthaltung des Deputierten Wesemann zu.

Der Senator für Inneres

Geschäftsstelle der Deputation für Inneres

TOP 3	Zuwendungsbericht 2017	<p><u>Bericht:</u> gem. schriftlicher Vorlage.</p> <p><u>Beschluss:</u> Die Deputation für Inneres nimmt den Bericht des Ressorts zur Kenntnis.</p>
Teil C - städtisch		
TOP 1	"Beschluss des Beirates Osterholz vom 17.09.2018 zur Video-Überwachung auf dem Marktplatz ("besonderer Gefahrenort), Walliser Straße 15 in 28235 Bremen"	<p><u>Bericht:</u> Der Bericht erfolgt auf Grundlage der schriftlichen Vorlage. Nachfragen werden erörtert.</p> <p><u>Beschluss:</u> Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Beschluss des Beirates Osterholz zur Video-Überwachung auf dem Marktplatz Osterholz („besonderer Gefahrenort“), Walliser Straße 15 in 28235 Bremen vom 17.09.2018 zur Kenntnis und bittet den Vorsitzenden der Deputation das Ergebnis der Deputationsberatung dem Beirat mitzuteilen.</p>